

Antrag aller Fraktionen im Gemeinderat Sigmaringen zur Verabschiedung einer Resolution gegen Fracking im Bereich Region Bodensee-Oberschwaben

für die Sitzung des Gemeinderats am 27. Februar 2013

Vorgeschlagener Antragstext:

### **Resolution gegen Fracking**

Der Gemeinderat der Stadt Sigmaringen lehnt mit allem Nachdruck die so genannte Fracking-Technologie zur Erschließung und Förderung unkonventioneller Gasvorkommen unter Verwendung risikoreicher Chemikalien in Bereichen der Trinkwassergewinnung und insbesondere in Wasserschutzgebieten ab. Gemeinsam mit vielen Fachleuten hat die Stadt Sigmaringen grundsätzliche Bedenken gegen diese überaus risikoreiche Art der Gasgewinnung. Da die Stadt Sigmaringen zu einem gewissen Teil ihr Trinkwasser von der Bodenseewasserversorgung bezieht, hat sie auch ein konkretes Interesse, dass ein Rahmen geschaffen wird, der eine Umwelt- und Wassergefährdung für ihr eigenes Stadtgebiet mit allen Teilorten sowie für die gesamte Region Bodensee-Oberschwaben ausschließt.

Bei den Fracking-Verfahren wird dichtes Speichergestein mit hohem hydraulischem Druck von Wasser unter Zusatz von Sand und zahlreichen chemischen Verbindungen, die zum Teil hochgiftig sind, aufgebrochen (englisch: „fracking“). Die dadurch entstehende bessere Durchlässigkeit im Gestein macht die Förderung von Gas oder Öl möglich. Weil das Fracking nur eine begrenzte Fernwirkung hat, sind bei der Förderung zahlreiche Bohrungen notwendig (je nach Gesteinsart ca. 4 – 8 Bohrungen pro Quadratkilometer). Ein großer Teil des giftigen Frackwassers kommt mit dem Gas oder Öl wieder an die Oberfläche und muss als gefährlicher Sonderabfall entsorgt werden.

Der Gemeinderat der Stadt Sigmaringen befürchtet gemeinsam mit vielen Fachleuten schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grund- und Trinkwassers, insbesondere durch die giftigen chemischen Zusatzstoffe (Additive), von denen einige im dringenden Verdacht stehen, kanzerogen zu wirken. Im Einzugsgebiet des Bodensees und des Oberlaufs der Donau und in einer vielfältig landwirtschaftlich genutzten Region müssen diese Gefährdungen als besonders schwerwiegend angesehen werden.

Eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg hat sich bereits gegen Fracking ausgesprochen. Gemeinsam mit ihnen fordert die Stadt Sigmaringen die Bundesregierung auf, das total veraltete Bergrecht umgehend zu ändern und auch das Wasserrecht der neuen Gefahrenlage anzupassen. Den betroffenen Bürgern, Gemeinden und Landkreisen sind umfassende Informations- und Beteiligungsrechte einzuräumen.

Der Gemeinderat der Stadt Sigmaringen spricht sich dafür aus, die UVP-Verordnung Bergbau dahingehend zu ändern, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor der Erkundung und der Gewinnung von Erdgasvorkommen eingeführt wird, soweit diese auf die Fracking-Technologie oder vergleichbare Techniken faktisch zurückgreifen. Damit würde gleichzeitig eine frühzeitige und umfassende Beteiligung aller betroffenen Bürger, Gemeinden, Behörden und Verbände gewährleistet.

Darüber hinaus spricht sich der Gemeinderat der Stadt Sigmaringen aus Vorsorgegründen für ein Moratorium aus, nach dem keinerlei Bohrungen mit Anwendung der Fracking-Methode unter Einsatz wassergefährdender Stoffe durchgeführt werden sollen, bis gesicherte Erkenntnisse über die Risiken dieser Technologie vorliegen und entsprechend geprüft ist, ob Fracking ganz verboten werden soll.

Gerhard Stumpp, 4.2. 2013